

## Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd), Pfeffermann, Dr. Dollinger, Bühler (Bruchsal), Neuhaus, Linsmeier, Lintner, Weirich, Sauter (Epfendorf), Werner, Graf Huyn, Eigen, Dr. Hornhues, Dr. George, Dr. Kunz (Weiden), Dr. Laufs, Dr. Schroeder (Freiburg), Funk (Gutenzell), Dr. Möller, Nelle, Dr. Unland, Maaß, Rossmann, Jäger (Wangen), Sauter (Ichenhausen), Pohlmann, Hinsken, Horstmeier, Dr. Olderog, Frau Hürland, Seehofer, Milz, Zierer, Rainer, Ruf, Dr. Stavenhagen, Dörflinger, Weiß, Frau Dr. Wisniewski, Stutzer, Weiskirch (Olpe), Dr. Jobst, Niegel, Susset, Dr. von Geldern, Jung (Lörrach), Dr. Hennig, Frau Roitzsch, Frau Geiger, Lowak, Jagoda, Würzbach, Hartmann, Schwarz, Dr. Freiherr Spies von Büllersheim, Tillmann, Repnik, Ganz (St. Wendel), Müller (Wadern), Bohl, Graf von Waldburg-Zeil, Sauer (Salzgitter), Dr. Schwörer, Dr. Jenninger, Regenspurger und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU  
— Drucksache 9/1639 —

### Postversorgung auf dem Lande

*Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen – 900–1 B 1114–9/2 – hat mit Schreiben vom 27. Mai 1982 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:*

Bereits mit der Vorlage des Konzepts „Postversorgung auf dem Lande“ hat die Bundesregierung darauf hingewiesen, daß als Folge vielfältiger äußerer Einflüsse (z.B. Änderung der Kundengewohnheiten und der Verkehrsströme, kommunale Neuordnung) sich das insbesondere auf dem Lande hauptsächlich aus Poststellen bestehende Amtsstellennetz der Deutschen Bundespost als nicht mehr anforderungsgerecht erwiesen hat. Die keinesfalls geradlinige Entwicklung dieser Einflüsse hat dazu geführt, daß die Amtsstellenorganisation sich im Bereich der Deutschen Bundespost uneinheitlich entwickelt hat.

Das Konzept verfolgt daher den Zweck, die seit dem Jahre 1959 gültigen allgemeinen Organisationsvorgaben konkreter zu fassen,

damit an die tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen und somit durch bundeseinheitliche Grundsatzregeln eine nach allen Seiten hin vernünftige Ausgestaltung des Amtsstellennetzes zu schaffen. Mit ihm werden die organisatorischen Grundsätze festgelegt, die bei der Einrichtung, der Umwandlung und der Aufhebung von Amtsstellen der Deutschen Bundespost zu beachten sind.

Das mit Drucksache 9/408 als Unterrichtung durch die Bundesregierung veröffentlichte Konzept ist nach Beratung in den Ausschüssen für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Innerdeutsche Beziehungen und für das Post- und Fernmeldewesen im Plenum des Deutschen Bundestages behandelt und einstimmig zur Kenntnis genommen worden. Mit der formalen Kenntnisnahme durch den Deutschen Bundestag wurden die Erwartungen verbunden, u. a. den Bestand an Postämtern und Poststellen im wesentlichen zu erhalten.

In die Diskussion über das Konzept, das sich schwerpunktmäßig mit dem Rahmen für Einrichtung, Aufhebung oder Umwandlung befaßt, wird häufig die Problematik der Personalbemessung bei Poststellen mit einbezogen. Die Deutsche Bundespost hat das Verfahren zur Personalbemessung bei Poststellen umgestellt. Damit ist das Bemessungsverfahren für Posthalter dem in anderen Bereichen der Deutschen Bundespost längst praktizierten System angeglichen worden. Die Erhebungen auf der Grundlage des neuen Bemessungsverfahrens haben Kürzungen des Personalbedarfs ergeben. Das ist einmal darauf zurückzuführen, daß völlig überzogene Zeitzuschläge des früheren Verfahrens auf ein vertretbares Maß zurückgenommen wurden, zum anderen aber auch darauf, daß sich seit der letzten Bemessung vor fünf bis sieben Jahren im Landbereich eingetretene Verkehrsrückgänge auswirken.

Die Bundesregierung denkt nicht daran, die mit dem Konzept vorgelegten organisatorischen Regelungen für die Postversorgung auf dem Lande, wie von der Fraktion der CDU/CSU befürchtet, „über den Weg der Leistungsbemessung drastisch einzuschränken“. Zu den einzelnen Fragen nimmt sie wie folgt Stellung:

1. In welchem Ausmaße wird die Wochenarbeitszeit bei den Poststellen durch die Neubemessung gekürzt?

Die Ergebnisse der bundesweit durchgeführten Bemessung der Poststellen werden Ende Mai, in Einzelfällen voraussichtlich erst Mitte Juni vorliegen, so daß die Frage erst dann abschließend beantwortet werden kann. Es zeigt sich jedoch bereits jetzt, daß im Bundesdurchschnitt mit einem Rückgang der Wochenarbeitszeit bei den Poststellen von rd. 30 v. H. zu rechnen ist.

## 2. Welche Auswirkungen hat dies auf die Schalteröffnungszeiten?

Aufgrund des Bemessungsergebnisses wird das künftige zeitliche Dienstleistungsangebot in Form der Schalterstunden bei Poststellen I bzw. der Kundendienst-Bereitschaftszeiten bei Poststellen II vom derzeitigen nach unten aber auch nach oben abweichen, oder gleichbleiben.

Nach den bisher vorliegenden Daten bewegen sich die Veränderungen in einer Spannbreite zwischen einem Plus von rd. 74 v. H. und einem Minus von rd. 55 v. H. Außerdem weisen die z. Z. vorliegenden Fakten darauf hin, daß gerade bei den kleineren Poststellen II die Reduzierung geringer ist. Dies ist darauf zurückzuführen, daß hier die früher nicht bestehende Regelung der Mindest-Kundendienst-Bereitschaftszeit Platz greift, die zwölf Wochenstunden vorsieht.

## 3. Wieviel Poststellen sollen aufgrund der Neubemessung aufgehoben werden?

Das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen schätzt, daß von den bundesweit 17 740 Amtsstellen ca. 6,7 v. H., d. h. knapp 1 200 Poststellen, die bei Neubemessung eine Wochenarbeitszeit von 6 Stunden nicht mehr erreichen, – nach Einzelfallprüfung – aufgehoben werden müssen.

## 4. Sieht das Konzept Verbesserungen des Dienstleistungsangebotes vor, und wenn ja, welche?

Das Konzept spricht grundsätzlich nicht das allgemeine Dienstleistungsangebot an. Hier waren in erster Linie organisatorische Maßnahmen zu treffen. Gleichwohl bringen auch diese insoweit Verbesserungen, als

- ortsfeste Postämter und Poststellen Eckpfeiler der Postversorgung bleiben,
- bei der Einrichtung von Amtsstellen die allgemeinen Grundsätze „Bedürfnis/Postbetrieb“ und „Wirtschaftlichkeit“ und „kundendienstliche Gesichtspunkte“ erweitert werden,
- der fahrbare Postschalter als weitere Organisationsform eingeführt wird und
- die Organisationskriterien für die Amtsstellen straffer gefaßt werden, wodurch eine bundeseinheitliche Anwendung stärker als bisher gewährleistet wird.

Darüber hinaus ist die Deutsche Bundespost bemüht, so weit wie irgend möglich das Dienstleistungsangebot bei Poststellen – auch bei den Poststellen II – auszuweiten und an den Stand der Postämter heranzuführen, wenn der Kostenaufwand – sowohl personell als auch sächlich – in einem vertretbaren Verhältnis zu der jeweiligen Inanspruchnahme durch die Kunden stehen.

So sind z. B. die Poststellen in den Ausbau des Reisegepäckservices und den Fahrkartenverkauf für die Deutsche Bundesbahn und anderer Verkehrsträger einbezogen worden. Im vergangenen Jahr wurden alle Poststellen I zum Ausstellen von Postsparkbüchern ermächtigt und die Berechtigung auch unter gewissen Voraussetzungen auf Poststellen II erweitert. Andere Verbesserungen und Erweiterungen des Dienstleistungsangebots betreffen

- die fernmündliche Sofortkündigung im Postsparkassendienst bei Poststellen II,
- das Ratensparen mit Prämie sowie
- das Sparen mit wachsendem Zins.

5. Trifft es zu, daß die Postschalter, obwohl ihnen die künftige Wochenarbeitszeit noch nicht verbindlich mitgeteilt wurde, sich jetzt schon entscheiden sollen, welches Dienstverhältnis sie künftig wählen wollen?

Die Posthalter hatten seit der Veröffentlichung der Regelungen über das neue Dienstrecht der Posthalter am 27. Juli 1981 in einer bis zum 30. April 1982 währenden Erklärungsfrist Gelegenheit, sich über ihren künftigen Status zu entscheiden. Kein Posthalter brauchte sich über sein Dienstverhältnis zu entscheiden, ohne daß ihm seine künftige Wochenarbeitszeit vorher mitgeteilt worden ist. Nach den bisher vorliegenden Informationen, die noch keinen Anspruch auf Endgültigkeit erheben können, haben sich rd. 80 v. H. der Posthalter für das Angestelltenverhältnis entschieden.

6. Trifft es zu, daß bei Posthaltern, die Beamte auf Widerruf bleiben wollen, der Rationalisierungsschutz bei Verlust an Wochenarbeitszeit eingeschränkt werden soll, und wenn ja, welche Auswirkungen hat dies für die Betroffenen?

Der Rationalisierungsschutz der Posthalter besteht seit seiner Neuregelung im Jahre 1972 bis heute unverändert fort. Es war und ist zu keiner Zeit beabsichtigt, diesen in irgendeiner Form einzuschränken.

7. Ist die Bundesregierung mit uns der Meinung, daß die Auswirkung der Neubemessung der Poststellen nicht den seinerzeit gehegten Erwartungen an das Konzept entspricht und deshalb eine nochmalige Behandlung im zuständigen Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen erforderlich ist?

Die Personalbemessung der Poststellen – sie wurde bisher in mehrjährigen regelmäßigen Abständen durchgeführt – ist auf ein neues Verfahren umgestellt und an ein System angeglichen worden, das bei allen anderen Stellen der Deutschen Bundespost längst praktiziert wird. Grundlage dafür ist in erster Linie das Verkehrsaufkommen, d. h. der Umfang der Inanspruchnahme der von der Deutschen Bundespost angebotenen Dienstleistungen durch den Kunden. Um kundengerechte Öffnungszeiten für die

Poststellen sicherzustellen, werden auf die so ermittelten Grundarbeitszeiten Zuschläge von bis zu 100 v. H. gewährt.

Die Neubemessung, die an sich mit der Organisation der Poststellen nur indirekt etwas zu tun hat, bestätigt, daß in der Zahl der Poststellen im Sinne der Absprachen im Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen keine wesentlichen Änderungen eintreten werden.

Der Bundestag hat mit der formalen Kenntnisnahme u. a. die Erwartungen verbunden, daß bei Verwirklichung des Konzepts die Zahl der derzeit vorhandenen Poststellen im wesentlichen erhalten bleibt und der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen entsprechende Korrekturen an der Konzeption anbringt, wenn die tatsächliche Entwicklung dieser Erwartung zuwiderlaufen würde.

Im übrigen wird die Bundesregierung, wie bereits zugesagt, die Ergebnisse der Personalbemessung bei den Poststellen dem Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen vorlegen und erläutern.





